

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 Mk. monatlich. Einzelne Rtn. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21255, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 3 Mk., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 Mk., unter Eingelast 5 Mk. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kulturdenkmäler, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil: Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 214

Mittwoch, 14. September

1921

## Vom Landtage.

Dresden, 13. September. Am 20. September tritt der Sonderausschuß, der sich mit den Vorlagen 50, 52, 62 zu befassen hat, erneut zusammen. Von dem Fortschritt der Arbeiten wird es abhängen, ob die Vollversammlung des sächsischen Landtages bereits Ende dieses Monats ihre Arbeiten wieder aufnimmt.

## Teilweise Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft.

Berlin, 12. September. Nach dem Abend-Mitteil hat im Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrates der Reichskohlenkommissioner erklärt, daß die Zwangswirtschaft für Braunkohlen, Rohbraunkohle, Steinkohle, Gichtkohle und Gaskohle am 1. Oktober d. J. außer Wirksamkeit treten solle. Der Kohlenausschuß stimmte dieser Regelung zu.

## Die Landtagswahlen in Thüringen.

Erfurt, 12. September. Nach dem Wahlergebnis für den Thüringer Landtag wurden im Wahlkreis Gotha einschließlich Stadt an Stimmen gewählt: Kommunisten 14 435, Unabhängige 4425, Sozialdemokraten 2607, Demokraten 2155, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11 910, Deutschnationale 4610, Landbund 7529; etwa 30 Ortsgruppen fehlen noch. Wahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt: Kommunisten 4861, Unabhängige 21 034, Sozialdemokraten 13 405, Demokraten 1136, Zentrum 124, Deutsche Volkspartei 3634, Landbund 6232 Stimmen. Es fehlen noch 20 kleine Ortsgruppen.

## Entlassung v. Hirschfelds aus der Haft.

Berlin, 12. September. Das Landgericht Eisenburg hat den vom Amtsgericht Oberkorn gegen Ludwig v. Hirschfeld erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Nach den Gründen des Gerichtsbeschlusses können die Tatsachen des früheren Anklages des Beschuldigten, die Räte Galmbach beim Tatort und bei den Orten, wo der Ermordete vom 1. Juli an sich aufgehalten hatte, sowie schließlich der Besuch zweier Herren, deren Kufers der Ermordung der Täter ähnlich ist, am 24. v. M. in Galmbach den Tatverdacht nicht beseitigen. Für längere Abwesenheit des Beschuldigten von Galmbach während seines vorläufigen Aufenthalts haben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt ergeben.

## Das wahre Gesicht von Speyer.

Frankfurt a. M., 13. September. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt heute von der verantwortlichen Seite ein ausführliches Tatsachenmaterial, das hell in die Speyerischen Vorhänge hineinleuchtet. Sie schreibt u. a.: Am Abend des 7. September hatte der Demonstrationsführer einem Genossen in öffentlicher Ansprache mitgeteilt, daß große Dinge am Werke seien, und daß hierbei die Arbeiter von niemandem, auch nicht von ihren bewährten Führern Befehlen anzuhören dürften, sondern einzig und allein dem Willkürherrscher zu folgen hätten. Wir werden, fährt er fort, den anderen — ihr wißt, wen ich meine — nicht blindlings folgen, sondern erst vereinbaren, was sie uns bieten. Ihr dürft aber sicher sein, daß eure Interessen gut gewahrt sind. Im Namen des französischen Stadtkommandanten spreche ich euch meine volle Anerkennung für eure musterhafte Haltung aus. Und nun wollen wir ruhig auseinandergehen, um nicht die Kunst der Befehlsbehörden zu verlieren. Als der Widerstand am 31. August einbrach, riefen die photographischen Apparate der französischen Offiziere und ihrer Damen schon läßt bereit. Als die Führer der Demonstrationen verhaftet wurden, sollen sie gebrocht haben, wenn einem von uns was passiert, kenne die Regierungspresident seine Koffer packen und aber den Rhein gehen. Nach dem Sturm auf das Rathaus spendeten die Franzosen reichlich Geld und Torte, Wein und Bier. Als aber der Führer aus der Haft zurückkam, sah das Volk im Triumphzuge durch die Straßen und brachte ihn in das französische Stadthaus. Ein Kommentar zu diesen Tatsachen erübrigt sich von selbst.

## Bayern und das Reich.

### Rücktritt der bayerischen Regierung.

München, 12. September. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Gesamtministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Berlin, 12. September. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, verhandelt nach dem Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr das Kahr-Kabinett weiter. Die Reichsregierung ist zwar vor einer neuen Lage gestellt, aber nach wie vor zu einer Verständigung bereit.

München, 12. September. Zum Rücktritt des Ministeriums Kahr schreibt die „Bayrische Staatszeitung“: Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Kahr steht, ist durch den Verlauf, den die Verhandlungen über die Beilegung des Ausnahmestandes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Beilegung, Ordnung, Wiedererrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat das Ministerium Kahr sich bereit bewährt, daß sein Entschluß, so folgerichtig und unvermeidlich er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß, wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das Weitere steht nun beim Landtage, über dessen Einberufung bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

### Entscheidungen der Völkerverbändeversammlung.

Genf, 12. September. Der südafrikanische Delegierte Murray brachte in der heutigen Völkerverbändeversammlung zwei Entschlüsse ein. Die erste bezieht sich auf den Schutz der Minderheiten und wird von dem österreichischen Delegierten Grafen Rensdorph unterstützt. Nach der Kongress der Völkerverbände habe ihr beigestimmt. Um die Erfüllung der Pflichten des Völkerverbundes zu gewährleisten und den Schutz der Minderheiten vollkommen zu sichern, soll der Völkerverbund ersucht werden, eine ständige Kommission zu ernennen. Diese habe die dem Völkerverbunde zugehörigen Klagen entgegenzunehmen und einen Bericht auszugeben. Die Minderheitenfrage betreffe vor allem einen Teil der neugebildeten Staaten, die allgemein den aufrichtigen Wunsch hätten, die Minderheiten zu schützen. Der Völkerverbund müsse aber eine Organisation schaffen, um mit den betreffenden Staaten zur Beruhigung der Minderheiten zusammenzuarbeiten. Im übrigen sei eine Veröffentlichung der Klagen der Minderheiten sehr gefährlich, solange ihre Berechtigung nicht nachgewiesen sei. Deshalb sei eine Unterbrechung an Ort und Stelle notwendig, was auch im Interesse des Friedens und der Aufrechterhaltung der Verwirklichung liege. Die zweite Entscheidung gilt der armenischen Frage. Man stehe vor neuen Ereignissen. Der Oberste Rat müsse vielleicht bald eine Revision des Friedens von Sevres ins Auge fassen. Im März habe der Oberste Rat die Bedingungen zur Herstellung des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei aufgestellt. Diese Bedingungen bezogen sich u. a. auf die Gründung eines nationalen Heerestammes für die türkischen Armenier, dessen Grenzen nunmehr vom Völkerverbunde festgestellt werden sollen. Der Völkerverbund überweise die Prüfung dieser Fragen der 6. Kommission für politische Angelegenheiten.

## Der bayerische Konflikt.

Der Konflikt zwischen Berlin und München aus Anlaß der Reichsregierung hat zu einer bayerischen Kabinettskrise geführt, und die Einigung, die nun zustande kommt, heißt den Rücktritt des ganzen Kabinetts. Hierbei ist von besonderer Bedeutung der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr. Man hat von ihm im nicht-bayerischen Deutschland nicht allzuviel gehört und gelesen, obwohl er anderthalb Jahre in seinem Amte geblieben hat. Die Sorgen des Reiches und der anderen Freistaaten sind eben in diesen Zeiten so groß, daß sich der Nachbar nicht um den Nachbar kümmert. Man wußte von Hrn. v. Kahr eigentlich nur Ungünstiges. Man erzählte sich, er sei das Gegenteil eines Politikers. Seine Ministerkabinett habe eine bedeutende Ähnlichkeit mit der Kanzlerkabinett des Hrn. Michaelis, der ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber den besonderen Anforderungen eines führenden politischen Postens nicht gewachsen sei. Dazu kam, daß Hr. v. Kahr durch die Woge des Kaputtismus an den Jden des März 1920 auf den Ministerstuhl gehoben wurde. Der jetzige Münchner Polizeipräsident Böhmert erschien damals mit mehreren Offizieren bei Kahr und eröffnete ihm, daß der Augenblick gekommen sei, die Republik zu stützen und die Monarchie auszurufen. Böhmert hatte sich gerade Hrn. v. Kahr herausgesucht, weil dieser ein guter Freund von ihm und Kollege in verschiedenen Staatsämtern gewesen war. Kahr tat zwar den Herren von der Rumpfschule den Gefallen nicht, aber er, der eingehandeltermaßen sich bis dahin nicht im mindesten um Politik gekümmert hatte, bezog den verantwortlichen Posten des Ministerpräsidenten mit dem Stolz eines Selbstvertrauens. Tatsächlich ist es Hrn. v. Kahr nicht gelungen, die Kräfte einer wirklichen Volksmehrheit zur politischen Mitarbeit heranzuziehen, sondern er blieb während seiner ganzen Amtszeit fast durchweg unter dem einseitigen Einfluß derjenigen Kreise, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hatten. Sein Regierungskurs wandte sich immer deutlicher gegen die Linken und gegen die Partei, die im Reich die Regierungspartei ist, und das mußte bei jeder Gelegenheit zum Konflikt mit Berlin führen. So bei der Frage der Entlohnung, so bei dem neuen Schutze der Republik. Es ist im Reich viel Unangenehm aufgetreten, daß sich diese Kreise der bayerischen Demokratie dem Widerstand der Regierung Kahr gegen Berlin angeschlossen haben. Berechtigt aber muß man anerkennen, daß die Bayern in dieser Hinsicht Grund haben, über die Zustände im Reich und besonders in Preußen nicht gerade erbaut zu sein. Aber Bayern ist die Welle des Kommunismus und des Terrors hinweggegangen; es ist gewissermaßen ähnlich wie Ungarn gegen den Bolschewismus gekämpft. Als gebrauchtes Hindernis ist das Feuer. Richtiger Blick es auf die verschiedenen Aufstrebende im übrigen Deutschland, gegen die sich zu schützen jedem bayerischen Bauern und Bürger als gutes Recht erscheint. So kam es eben auch zu der peinlichen Auseinandersetzung mit Berlin über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Man muß es trotz aller Einseitigkeiten Hrn. v. Kahr zuschreiben, daß er vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an sein Festhalten an der Einheit des Reiches betonte und den föderalistischen Aufbau des neuen Deutschland nicht im Sinne eines engherzigen Partikularismus verstanden wissen wollte. Sein Programm war, eine Reichspolitik zu unterstützen, welche die Einheit und den neuen Aufbau des Reiches unter Anerkennung und staatlicher Wahrung der Lebensnotwendigkeiten der Länder erstrebt und ferner, die Verhältnisse in Bayern zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu setzen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteivorgängen ist die Ministerkabinett des Hrn. v. Kahr gescheitert.

### Die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes.

Genf, 12. September. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerverbändeversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerverbunde schade, der sich nur beglückwünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Er sprach dann kurz über die obersteinstehende Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerverbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine feindschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerverbundes anrufen.

### Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 13. September. Die französische Bottschaft teilt mit, sie habe eine amtliche Mitteilung erhalten, nach der sich Briand an der Spitze der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz befinden werde.

### Die Antwort des irischen Parlaments.

London, 12. September. Die Antwort des irischen Parlaments an den britischen Premierminister ist heute abgefaßt worden.

### Eine Verschwörung in Konstantinopel.

London, 12. September. Nach einer Reutersmeldung aus Konstantinopel haben die dortigen Behörden Beweismaterial für eine Verschwörung aufgefunden, die von Angora aus organisiert und unterstützt worden sein soll und das Ziel verfolgte, eine Revolution in Konstantinopel herbeizuführen.

### Die Sowjetregierung und die Hilfe für Rußland.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, hat die Sowjetregierung funktionsfähig ihre Antwort auf die Note des internationalen Hilfskomitees für Rußland wiederholt. Das Dokument ist ebenfalls verworren und verwickelt. Aber die Ablehnung der Bolschewisten, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, ist darin klar formuliert. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß das internationale Hilfskomitee sich in den nächsten Tagen auflösen wird.

### Kriegszustand in Bessarabien.

Paris, 13. September. Nach einer Pariser Meldung aus Wiga hat die Sowjetregierung in Bessarabien an der rumänischen Grenze den Kriegszustand erklärt.

## Der bayerische Konflikt.

Der Konflikt zwischen Berlin und München aus Anlaß der Reichsregierung hat zu einer bayerischen Kabinettskrise geführt, und die Einigung, die nun zustande kommt, heißt den Rücktritt des ganzen Kabinetts. Hierbei ist von besonderer Bedeutung der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr. Man hat von ihm im nicht-bayerischen Deutschland nicht allzuviel gehört und gelesen, obwohl er anderthalb Jahre in seinem Amte geblieben hat. Die Sorgen des Reiches und der anderen Freistaaten sind eben in diesen Zeiten so groß, daß sich der Nachbar nicht um den Nachbar kümmert. Man wußte von Hrn. v. Kahr eigentlich nur Ungünstiges. Man erzählte sich, er sei das Gegenteil eines Politikers. Seine Ministerkabinett habe eine bedeutende Ähnlichkeit mit der Kanzlerkabinett des Hrn. Michaelis, der ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber den besonderen Anforderungen eines führenden politischen Postens nicht gewachsen sei. Dazu kam, daß Hr. v. Kahr durch die Woge des Kaputtismus an den Jden des März 1920 auf den Ministerstuhl gehoben wurde. Der jetzige Münchner Polizeipräsident Böhmert erschien damals mit mehreren Offizieren bei Kahr und eröffnete ihm, daß der Augenblick gekommen sei, die Republik zu stützen und die Monarchie auszurufen. Böhmert hatte sich gerade Hrn. v. Kahr herausgesucht, weil dieser ein guter Freund von ihm und Kollege in verschiedenen Staatsämtern gewesen war. Kahr tat zwar den Herren von der Rumpfschule den Gefallen nicht, aber er, der eingehandeltermaßen sich bis dahin nicht im mindesten um Politik gekümmert hatte, bezog den verantwortlichen Posten des Ministerpräsidenten mit dem Stolz eines Selbstvertrauens. Tatsächlich ist es Hrn. v. Kahr nicht gelungen, die Kräfte einer wirklichen Volksmehrheit zur politischen Mitarbeit heranzuziehen, sondern er blieb während seiner ganzen Amtszeit fast durchweg unter dem einseitigen Einfluß derjenigen Kreise, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hatten. Sein Regierungskurs wandte sich immer deutlicher gegen die Linken und gegen die Partei, die im Reich die Regierungspartei ist, und das mußte bei jeder Gelegenheit zum Konflikt mit Berlin führen. So bei der Frage der Entlohnung, so bei dem neuen Schutze der Republik. Es ist im Reich viel Unangenehm aufgetreten, daß sich diese Kreise der bayerischen Demokratie dem Widerstand der Regierung Kahr gegen Berlin angeschlossen haben. Berechtigt aber muß man anerkennen, daß die Bayern in dieser Hinsicht Grund haben, über die Zustände im Reich und besonders in Preußen nicht gerade erbaut zu sein. Aber Bayern ist die Welle des Kommunismus und des Terrors hinweggegangen; es ist gewissermaßen ähnlich wie Ungarn gegen den Bolschewismus gekämpft. Als gebrauchtes Hindernis ist das Feuer. Richtiger Blick es auf die verschiedenen Aufstrebende im übrigen Deutschland, gegen die sich zu schützen jedem bayerischen Bauern und Bürger als gutes Recht erscheint. So kam es eben auch zu der peinlichen Auseinandersetzung mit Berlin über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Man muß es trotz aller Einseitigkeiten Hrn. v. Kahr zuschreiben, daß er vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an sein Festhalten an der Einheit des Reiches betonte und den föderalistischen Aufbau des neuen Deutschland nicht im Sinne eines engherzigen Partikularismus verstanden wissen wollte. Sein Programm war, eine Reichspolitik zu unterstützen, welche die Einheit und den neuen Aufbau des Reiches unter Anerkennung und staatlicher Wahrung der Lebensnotwendigkeiten der Länder erstrebt und ferner, die Verhältnisse in Bayern zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu setzen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteivorgängen ist die Ministerkabinett des Hrn. v. Kahr gescheitert.

### Die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes.

Genf, 12. September. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerverbändeversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerverbunde schade, der sich nur beglückwünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Er sprach dann kurz über die obersteinstehende Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerverbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine feindschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerverbundes anrufen.